

**W**

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

**Der Studentenberg – Kollaps  
der Universitäten oder Illusion?**

Ein kritischer Beitrag zur aktuellen Diskussion

**INFO-BRIEF**



## Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages

Der Studentenberg – Kollaps der Universitäten oder Illusion?

Ein kritischer Beitrag zur aktuellen Diskussion

Ausarbeitung WD 8 - 212/2006

Abschluss der Arbeit: 25.10.2006

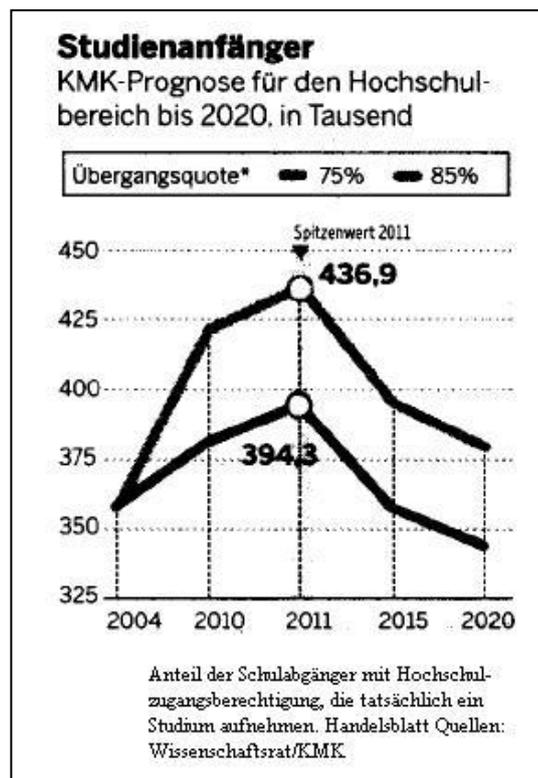
Fachbereich WD 8: Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit,  
Bildung und Forschung

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Die Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste sind dazu bestimmt, Mitglieder des Deutschen Bundestages bei der Wahrnehmung des Mandats zu unterstützen. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Diese bedürfen der Zustimmung des Direktors beim Deutschen Bundestag.

<b>Inhaltsverzeichnis</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Studiengebühren, soziale Stellung und finanzielle Grundsicherung</b>	<b>6</b>
2.1.	Rückgang der Langzeitstudenten	7
2.2.	Virtuelle Hochschulangebote	8
2.3.	Hochschulabgänger	11
2.4.	Doppelte Bildungsjahrgänge	11
2.5.	Unwägbarkeiten	12
<b>3.</b>	<b>Fazit</b>	<b>15</b>
<b>4.</b>	<b>Modellrechnung</b>	<b>19</b>
<b>5.</b>	<b>Quellen- und Literaturverzeichnis</b>	<b>23</b>

## 1. Einleitung

„Deutschland steht vor einem neuen Studentenberg. Bisher waren die Kultusminister davon ausgegangen, dass nach dem Jahr 2012 die größten Probleme mit den Studentenmassen bewältigt seien. Jetzt liegen die neuesten Zahlen über Schüler von Gymnasien, Gesamtschulen und Fachoberschulen vor, die genauere Schätzungen erlauben. 450000 Studienanfänger und **2,7 Millionen Studenten soll es 2012 geben**“ (Schlicht, Uwe 2005). Auch die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) geht davon aus, dass den Hochschulen bis 2014 der Kollaps droht, da unter anderem viele Länder jetzt ihre Ausgaben im Hochschulbereich zurückgefahren haben, um Kosten einzusparen (Finetti, Marco 2005).



Die Graphik spiegelt die Erwartungen von Kultusministerkonferenz und Wissenschaftsrat wider. Sie zeigen den Anstieg des Studentenberges wenn 75 bzw. 85% der zukünftig Hochschulzugangsberechtigten eines Jahrgangs ein Studium aufnehmen

Die HRK schlägt deshalb einen Hochschulpakt 2020 vor. Er sollte die Fähigkeiten der Hochschulen erhöhen, eine größere Anzahl an Studierenden aufzunehmen. Nach Überzeugung der HRK zwingt der bevorstehende Studentenandrang Staat und Hochschulen zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung (HRK 2005). Grundannahme der Prognose sind die so genannten Doppeljahrgänge, die durch die Umstellung der Schulzeitdauer in den Gymnasien von neun auf acht Jahre entstehen. Daraus wird ein enormer Ansturm

auf die Universitäten abgeleitet. Dieser Einschätzung hat sich inzwischen auch die Bundesregierung angeschlossen.<sup>1</sup>

Inzwischen haben der Bund und die Kultusministerkonferenz Verhandlungen über den Hochschulpakt aufgenommen. Es wurde Übereinstimmung darüber erzielt, dass der Bund bis zum Jahr 2010 insgesamt 565 Millionen Euro zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze bereitstellen soll. Dabei wird allerdings vom Bund erwartet, dass die Länder dieselbe Summe selbst auch aufbringen (Frankfurter Allgemeine 2006). Bisher wurde noch keine Einigung über die Verteilung der Gelder erzielt.

Der Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin dagegen bezweifelt den Studentenberg. Er hält die Zahlen für „blanken Unfug“ und fordert effizientere Universitäten. Des Weiteren ist Sarrazin der Überzeugung, dass mit angemessenen Studiendauern, die international wettbewerbsfähig sind, die Zahl der Studierenden sinken wird (Kühne, Anja/Burchard, Amory 2005). Auch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln meldet an der KMK-Prognose Zweifel an (iwd Nr. 10 2006).

Die nachfolgende Untersuchung geht der Fragestellung nach, in wie weit tatsächlich mit einem Anstieg der Studentenzahlen zu rechnen ist und durch welche maßgeblichen Faktoren die Studierneigung tatsächlich beeinflusst wird.

Nach OECD-Studien beginnen in Deutschland ca. **38 %** eines Jahrgangs ein Studium. Politisch gefordert wird sogar ein Anteil von 40%. Die Gesamtzahl der Studierenden in Deutschland belief sich im Wintersemester 2004/2005 auf 1.963.108 Mio. (Statistisches Bundesamt 2005: 30). Ausgehend von dieser Gesamtzahl wird im Folgenden anhand verschiedener Einflüsse und Faktoren untersucht, ob die Prognosen der HRK und KMK eintreten werden.

In diesem Beitrag wird der prognostizierte Anstieg der Studentenzahlen in Frage gestellt, da durch die Einführung von Studiengebühren, die Studierneigung derer abnehmen wird, die nur ein monatliches verfügbares Einkommen von bis zu 600 € haben. Des Weiteren verringert sich die Zahl der Langzeitstudenten erkennbar. Zudem werden die Hochschulen in Zukunft verstärkt virtuelle Bildungsprogramme anbieten. Diese neuartigen und zusätzlichen Studienformen werden einen erheblichen Einfluss auf den zukünftigen Studienbetrieb und damit auch auf die allgemeinen Studienbedingungen nehmen.

Die Hauptbegründung für den Studentenberg sind die so genannten Doppeljahrgänge, die durch die Einführung des achtstufigen Gymnasiums in den Ländern entstehen. Zwi-

---

1 Vergl. dazu: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der der Fraktion Die Linke zum Hochschulpakt 2020. BT-Drs. 16/2258 vom 18.07.2006, S.2.

schen 2007 und 2013 werden in elf Bundesländern die Schulzeiten verkürzt werden und die Schulabgänger als so genannte „Doppeljahrgänge“ ihr Studium an den Universitäten aufnehmen.

In diesem Szenario wird nicht unterstellt, dass alle, die nur bis zu 600 € im Monat zur Verfügung haben, das Studium nicht antreten bzw. abbrechen, da ein Teil der Studierenden im Elternhaus verbleibt bzw. durch Stipendien u.ä. gefördert wird. Es wird vielmehr angenommen, dass in Zukunft eine ganze Reihe von Angeboten zur Studienfinanzierung entstehen.

Ein abschließender Punkt befasst sich mit weiteren Unwägbarkeiten über die zukünftige Entwicklung der Studentenzahlen. Beispiele dafür sind die rückgängige Zahl der Zweitstudiengänge, die sinkende Studierneigung von Frauen und Ausländern, die Auswirkungen verkürzter Studienzeiten nach der Umstellung vieler Studiengänge auf Bachelor und Master im Rahmen des Bologna-Prozesses sowie die wachsende Bedeutung von Privatuniversitäten (Die Welt 2005) und anderen zusätzlichen (Weiter-)Bildungsangeboten.

## 2. Studiengebühren, soziale Stellung und finanzielle Grundsicherung

Grundlage für die im Anhang angestellten Berechnungen sind folgende Annahmen: In der Bundesrepublik Deutschland werden ab **2008** in fast allen Bundesländern **Studiengebühren in Höhe von 500 €** eingeführt worden sein. In Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sind Studiengebühren bereits beschlossene Sache (Schwarzburger, Heiko 2006). Des Weiteren wird postuliert, dass im Laufe der kommenden Jahre diese **Gebühren weiter ansteigen**. Nach der Einführung von Langzeitstudiengebühren in Hessen sind bereits erste Überlegungen laut geworden, bis zu 1500 Euro Studiengebühren für einen Masterstudiengang zu fordern (Hartmann, Michael 2006).<sup>2</sup>

Als daraus resultierende Folge wird angenommen, dass alle Studenten mit einem Einkommen von bis zu **600 € monatlich** in eine finanziell schwierige Situation versetzt werden. Es besteht daher eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass ein Teil dieses Studentenkreises das Studium aufgibt oder erst gar nicht beginnt. Die Anzahl der Studenten in Deutschland, die nicht mehr als 600 € monatlich zur Verfügung haben, beläuft sich auf **27%**. (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2004: 159). Das Existenzminimum in Deutschland beträgt derzeit 345 € plus die Kosten für Wohnung und Nebenkos-

---

2 Inzwischen sieht ein erster konkreter Beschluss der Hessischen Landesregierung wieder einheitliche Studiengebühren von 500 Euro vor. Die Möglichkeit steigender Studiengebühren und die daraus für bestimmte Studierendenkreise entstehenden Probleme bleiben dennoch für die Zukunft virulent.

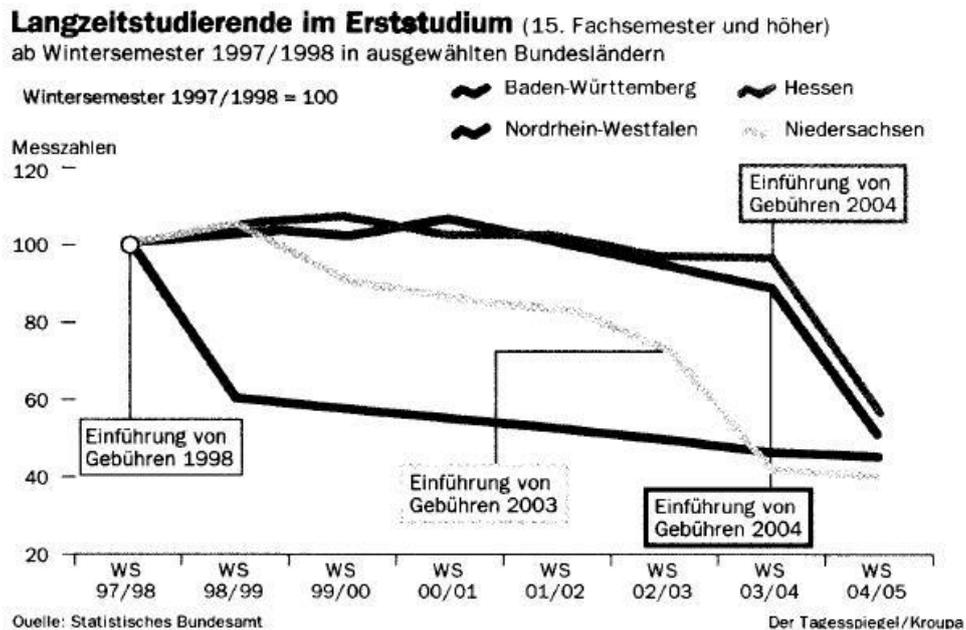
ten. Die Volks- und Raiffeisenbank beziffert in einer Werbung für ihre VR-Bildungsfinanzierung die monatlichen Gesamtkosten auf 648 Euro (Volks- und Raiffeisenbank 2005). Aus diesem Grund können 600 € als verfügbares Einkommen für einen **allein** wohnenden Studierenden als unterste Grenze angesehen werden. Eine zusätzliche finanzielle Belastung von rund 1100 € im Jahr (Studiengebühren und Einschreibgebühren) entsprächen demnach rund 1/6 des verfügbaren jährlichen Einkommens.

### 2.1. Rückgang der Langzeitstudenten

Mit der Einführung von Studiengebühren wird die Zahl der so genannten Langzeitstudenten stark zurückgehen. Grundlage der Definition eines Langzeitstudenten (LZS) bildete die Annahme, dass Studierenden mit elf und mehr Semestern in der Regel ausreichend Zeit zur Vollendung ihres Studiums zur Verfügung stand. Durch die verkürzte Studiendauer der Bachelor- und Masterstudiengänge und die Einführung der Studiengebühren wird sich die Zahl der Langzeitstudenten erheblich verringern.

Aufgrund bisher gemachter Beobachtungen ging die Zahl der LZS mit der Einführung von Studiengebühren erheblich zurück. Hessen und Nordrhein-Westfalen senkten ihre Zahlen der Langzeitstudenten sogar um 42% bzw. 43% [REDACTED]

Die Gesamtzahl der Langzeitstudenten mit elf oder mehr Semestern betrug im WS 2004/2005 257.513 Studierende (Statistisches Bundesamt 2005: 27). Die nachfolgende Tabelle zeigt den rapiden Rückgang der Zahl der LZS ab dem 15. Semester bei der Einführung von LZS-Gebühren in den Bundesländern Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen.





## 2.2. Virtuelle Hochschulangebote

Die Fernuniversität Hagen versteht sich als eine „Universität des Lebensbegleitenden Studiums und der wissenschaftlichen Weiterbildung.“ Ihre Studierenden sind zu 80 Prozent berufstätig. Von ihnen haben rund 40 Prozent bereits erfolgreich ein Studium abgeschlossen. Dementsprechend sind von den rund 55.000 Fernuni-Studierenden nur etwa 15 Prozent Vollzeithörer. 60 Prozent studieren in Teilzeit, 10 Prozent sind Zweithörer und 15 Prozent Gasthörer. (Fernuniversität Hagen 2006).

Die Fernuniversität hat aber nicht nur einen Vorbildfunktion im Bereich „Lebenslanges Lernen“ sondern vor allem auch beim E-Learning.

Durch die neuen Möglichkeiten, die das E-Learning und die Verbreitung von Wissen über das Internet bietet, werden zukünftig viele neue Bildungsanbieter entstehen. Es ist davon auszugehen, dass virtuelle Hochschulangebote in der Zukunft erhebliche Wachstumsraten aufweisen werden. Im Wintersemester 2002/2003 belegten erst 2.000 Studenten die Kurse der Virtuellen Hochschule Bayern (VHB) (Virtuelle Hochschule Bayern 2002). 2004 waren es schon 10.000 und im Wintersemester (2005/2006) konnte die VHB bereits 20.000 Anmeldungen verbuchen (Virtuelle Hochschule Bayern 2006).

Inzwischen sind eine ganze Reihe Virtueller Hochschulen entstanden.<sup>3</sup> Die Virtuellen Hochschulen bieten zum Teil vollständige Studiengänge an, die als Alternative oder Ergänzung bestehender Hochschulangebote genutzt werden können. Etwa die Hälfte aller Kursteilnehmer ist an der Hochschule, die den Kurs anbietet, nicht präsent. Von den 1.963.108 Studierenden befanden sich im WS 2004/2005 63.168 Studierende in einem Fernstudium. 45.434 Studierende befanden sich im Erststudium, 7.034 in einem Zweitstudium und 10.700 führten ein weiterführendes Studium (Statistisches Bundesamt 2006a).

Es ist auch davon auszugehen, dass in naher Zukunft alle Hochschulen in allen Bundesländern verstärkt virtuelle Bildungsprogramme anbieten werden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt diesen Prozess u.a. durch den Aufbau einer virtuellen Forschungsbibliothek für Geisteswissenschaften. Das auf drei Jahre angelegte Projekt wird mit **1,6 Millionen Euro** (BMBF 2005a) gefördert. Das BMBF fördert auch das Leitprojekt „Virtuelle Fachhochschule“ (VFH) seit fünf Jahren mit rund **21,6 Millionen Euro**. Angesichts dieser Anstrengungen im virtuellen Bereich der

---

3 Dazu zählen der Campus Virtuell in Bremen, Oldenburg, Dortmund, Lüneburg, und Halle, die Virtuelle Universität in Hagen, die Virtuelle Universität Oberrhein, der Entwicklungsverbund Virtueller Campus in Hannover, Hildesheim, und Osnabrück, die Virtuelle Universität in Regensburg, der Virtueller Campus Rheinland-Pfalz, der Virtueller Hochschulverbund in Karlsruhe, die Virtuelle Universitätssysteme der Uni Köln, die Virtuelle Saar-Universität, die Virtuelle Hochschule Baden-Württemberg, die Virtuelle Universität Berlin/Brandenburg, das TeleTeaching-Projekt der Universität Trier sowie das BMBF-Leitprojekt "Virtuelle Fachhochschule" (Studentenpilote.de 2006).

Hochschulen dürfe es nicht mehr lange dauern, bis die Start- und Anlaufschwierigkeiten behoben sind (BMBF 2005b).

Ein Beispiel für das zunehmende Angebot der virtuellen Bildung stellt die britische Open University im Internet dar. Sie bietet schon jetzt ein komplettes Psychologiestudium mit dem Abschluss eines „Bachelor of Science with Honors in Psychology“ an, der vom Bundesverband der deutschen Psychologen anerkannt wird (Schwarzburger, Heiko 2006).

Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) untersuchte in seiner jüngsten Veröffentlichung die Entwicklung und Verbreitung des eLearning in Forschung, Lehre und Weiterbildung in Deutschland und stellt dazu fest:

„An den deutschen Hochschulen hat sich das eLearning in den vergangenen Jahren stetig weiterentwickelt, und das Lernen und Lehren mit Hilfe moderner IuK-Medien ist in allen Fachrichtungen aus dem Studienalltag nicht mehr wegzudenken. Weit über 100 Projekte hat das BMBF zwischen 2000 und 2004 mit über 230 Mio. Euro gefördert. Die Fördermittel sind zunächst vornehmlich in die Entwicklung von eLearning-Inhalten gegangen.

Die ersten Erfahrungen aus den Förderprogrammen sowie empirische Untersuchungen zeigen klar, dass eLearning als Teil ... einer notwendigen Veränderung der Hochschule im digitalen Zeitalter (zu begreifen ist; d.V.). Das Folgeprogramm »E-Learning für die Wissenschaft« soll daher in den Jahren 2005 bis 2007 den Hochschulen helfen, das bislang Geschaffene zu konsolidieren und sie beim Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur und angepasster Rahmenbedingungen zu unterstützen“ (TAB 2006: 5).

Das TAB dokumentiert, dass die nationale Förderprogramme und die Anstrengungen der Bundesländer und der einzelnen Hochschulen inzwischen zu einem vielfältigen, aber quantitativ unterschiedlich ausgeprägten eLearningangebot geführt hätten.

„Inhaltlich stehen vor allem eLearning-Produkte in den Bereichen Informatik, Medienwissenschaften, Mathematik, Naturwissenschaften, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Ingenieurwissenschaften im Vordergrund. Angebote in den Rechts-, Geistes- und Kulturwissenschaften, zu Sport, Lehrerbildung und Schlüsselqualifikationen sind in deutlich geringerem Umfang vertreten. Oft werden Produkte gerade an den Schnittstellen eines Fachbereichs mit den IuK-Technologien hergestellt.“ (TAB 2006: 7)

Im internationalen Vergleich hat Deutschland bei der Nutzung von IKT-Infrastrukturen in den Bereichen Bildung, Industrie, Regierung und Gesellschaft noch einen erheblichen Nachholbedarf.

„Wo die einzelnen Staaten hinsichtlich der Entwicklung und Implementierung von eLearning aktuell stehen, versuchte die Economist Intelligence Unit in Kooperation mit IBM erstmalig für 2003 und 60 Staaten in den Kategorien education, industry, government und society zu ermitteln. Die Staaten, die das ELR-Ranking anführen, zeichnen sich durch einige Gemeinsamkeiten aus: ein hoher IKT<sup>4</sup>-Verbreitungsgrad, Bildungssysteme, die auf eine sehr frühzeitige Bildungsförderung und diesbezügliche Integration von eLearning-Instrumentarien setzen, intensives Bildungsmarketing und eine Lernkultur, die Regierungen, Gesellschaft und Wirtschaft umfasst. (...) Die in der Weltwirtschaft führenden Nationen USA, Japan und Deutschland belegen im ELR-Ranking die Ränge 3, 23 und 17, so dass Wirtschaftskraft allein offensichtlich kein entscheidender Faktor für die Implementierung von eLearning zu sein scheint“ (TAB 2006: 10f.).

ECONOMIST INTELLIGENCE UNIT E-LEARNING READINESS RANKINGS  
(2003)

Land/Kategorie (mit Gewichtung)	Bildung (20%)	Industrie (40%)	Regierung (20%)	Gesellschaft (20%)	Gesamt rang
Schweden	6	4	1	2	1
Kanada	2	3	14	6	2
USA	1	1	22	1	3
Finnland	9	5	2	5	4
Südkorea	4	1	16	12	5
Singapur	11	7	19	4	6
Dänemark	5	10	6	2	7
Großbritannien	3	12	3	9	8
Norwegen	7	10	5	9	9
Schweiz	7	16	7	8	10
Australien	19	5	21	21	11
Irland	18	13	3	19	12
Niederlande	11	19	12	7	13
Frankreich	9	17	8	18	14
Österreich	17	17	8	14	15
Taiwan	13	9	25	17	16
Deutschland	16	24	11	11	17
Neuseeland	14	8	25	23	18
Hongkong	20	13	20	15	19
Belgien	14	25	18	15	20

Erläuterung: Länder können sich einen Rang teilen (TAB 2006: 205).

Das TAB stellt fest, dass im Bildungsbereich in Deutschland zwar zahlreiche Maßnahmen zur Integration von IKT und eLearning existieren, diese jedoch wenig zielführend und zielgruppenorientiert erscheinen und vor allem nur relativ wenig vernetzt sind. Hinderlich für kohärente, effizienz- und effektivitätsorientierte Strategien ist aber nicht nur

die föderale Struktur Deutschlands mit einem zwischen den Ländern differierenden und in den einzelnen Ländern jeweils wiederum sehr stark differenzierenden Bildungssystem. Gleiches gilt auch für die Schwierigkeiten bei der Einbindung und Förderung von Benachteiligten in das Bildungssystem, wie z.B. von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien oder mit Migrationshintergrund.

Das TAB bezweifelt, „dass sich umfassendes »reines eLearning« in den kommenden fünf oder zehn Jahren an unseren Hochschulen etablieren wird. Zweifellos wird man in der Weiterbildung und Fernlehre auf virtuelle Lernformate und komplette Online-Kurse zurückgreifen. Doch grundsätzlich sind es eher pragmatische Motive wie Bequemlichkeit und nicht die didaktischen Möglichkeiten und Vorteile, die als Gründe für die Nutzung von eLearning genannt werden. Angebot und Nachfrage bei Onlinekursen, mit denen sich die für die akademische Laufbahn benötigten Credits erwerben lassen, steigen beispielsweise auch in den USA rasant, aber ein damit verbundener Anstieg der Lern- und Lehrqualität ist nicht zweifelsfrei zu erkennen“ (TAB 2006: 15).

Angesichts des enormen Entwicklungspotential, dass das eLearning zukünftig bietet, scheint die Einschätzung des TAB eher zu pessimistisch zu sein. Es wird angenommen, dass die Anfangsschwierigkeiten zügig überwunden und der Aufbau neuer eLearning-Angebote kräftig ansteigen wird.

### 2.3. Hochschulabgänger

Zur Ermittlung der zukünftigen Gesamtzahl der Studierenden müssen auch die jährlichen Abgänge von den Hochschulen berücksichtigt werden.

„Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes haben im Jahr 2005 insgesamt 252.500 Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer ihr Studium an deutschen Hochschulen erfolgreich abgeschlossen, das waren 9% (+ 21 500) mehr als 2004 (Statistisches Bundesamt 2006b).

Dies entspricht einem Anteil von ungefähr 13% der Gesamtzahl der Studierenden. Inwieweit die Anzahl der Abgänge auch in Zukunft konstant bleiben wird, ist mit der verstärkten Einführung von Bachelor und Masterstudiengängen derzeit noch nicht absehbar.

### 2.4. Doppelte Bildungsjahrgänge

Im Zeitraum von 2007 bis 2013 werden insgesamt elf Bundesländer ihre gymnasiale Ausbildung von 13 auf 12 Jahre verkürzen (Ohle Nieschmidt, Hannelore 2004). In



Brandenburg und Schleswig-Holstein sind noch keine Entscheidungen getroffen worden. Rheinland-Pfalz hat seine Schulzeit seit dem Jahr 2001 bereits um ein halbes Jahr verkürzt (Zahlen und Fakten 2006: 506f.). Da allerdings nicht alle Bundesländer gleichzeitig die Reform des Gymnasiums umsetzen, ergeben sich auch unterschiedliche Zeitperioden des Übertritts auf eine Universität.<sup>5</sup>

### Geplante Schulzeitverkürzung von 13 auf 12 Jahre

Bundesland	Erwartete doppelte Abiturjahrgänge	*Absolventen mit HS-Reife / Übergangsquote
Baden-Württemberg	2012	30,1 / 78,4
Bayern	2011	20,6 / 82,2
Berlin	2012	34,6 / 85,8
Brandenburg	noch keinen Zeitpunkt festgelegt	30,5 / 58,7
Bremen	2012	32,6 / 85,1
Hamburg	2010	32,0 / 64,4
Hessen	2012	30,3 / 76,8
Mecklenburg-Vorpommern	2008	24,2 / 66,7
Niedersachsen	2011	26,5 / 70,3
Nordrhein-Westfalen	2013	29,3 / 66,2
Rheinland-Pfalz	seit 2001 halbes Jahr früher	26,3 / 75,1
Saarland	2009	22,6 / 75,4
Sachsen	behält 12-j. Schulzeit bei	30,0 / 68,6
Sachsen-Anhalt	2007	27,0 / 66,0
Schleswig-Holstein	noch keinen Zeitpunkt festgelegt	26,0 / 72,8
Thüringen	behält 12-j. Schulzeit bei	30,2 / 68,3
Deutschland		27,8 / 73,1

- Hessen plant die Einführung der Schulzeitverkürzung phasenweise über mehrere Jahre
- In Schleswig-Holstein existieren gegenwärtig neun Schulversuche zur Schulzeitverkürzung
- Tabelle nach eigener Zusammenstellung. Quelle: Zahlen und Fakten (2006).
- \*Absolventen mit HS- Reife: d.h. Anteil an gleichaltriger Bevölkerung im Jahr 2004 / Übergangsquote: d.h. Anteil der Abiturienten aus dem Jahrgang 2000, der 2004 an einer Hochschule immatrikuliert war.

### 2.5. Unwägbarkeiten

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, sind weitere Faktoren zur Beurteilung der zukünftigen Studierneigung nur schwer abzuschätzen. Ein Beispiel ist die Erhöhung der Absolventenzahlen durch die Master- und Bachelorstudiengänge, die ab 2010 einen Großteil der Studiengänge ausmachen sollen. Zum WS 2004/2005 waren 36,3% aller Studiengänge auf Bachelor- und Masterstudiengänge umgestellt. In diesen Studiengängen studierten allerdings aufgrund des hohen Betreuungsverhältnisses der Studierenden nur 7,9% aller Studierenden (Hochschulrektorenkonferenz 2006).

<sup>5</sup> Die einzelnen Bundesländer selbst rechnen mit teilweise sehr hohen Zuwächsen bei den Abiturientenjahrgängen und mit höheren Übergangsquoten. Die gemachte Prognose basiert auf den zur Zeit tatsächlich relevanten Prozentzahlen (vergl. Zahlen und Fakten 2006: 507).

Da im Moment noch nicht vorhersehbar ist, wie hoch der Anteil zwischen Bachelor- und Masterstudiengänge zukünftig sein wird, ist eine mögliche Erhöhung der Absolventenzahlen schwer einschätzbar.

Wahrscheinlich ist dagegen eine zurückgehende Studierneigung von Frauen. Bei einer Umfrage über die Haltung zu Studiengebühren äußerten 10% mehr Abiturientinnen als Abiturienten kein Studium mehr aufnehmen zu wollen, wenn Studiengebühren eingeführt würden. (Studiengebühren 2005a).

Die Anzahl derer, die sich in einem Zweitstudium befinden, ist nach der Einführung von Gebühren z.B. in Hessen um 44.200 (36%) gesunken (Kühne, Anja 2005). Da auch hier keine verlässlichen Prognosen möglich sind, wird auch diese Entwicklung nicht weiter in der Modellrechnung berücksichtigt.

Bei den Privathochschulen ist festzuhalten, dass ihre Zahl seit 1994 von 24 auf 69 im Jahr 2004 angestiegen ist. Dennoch blieb der Zuwachs an Studierenden eher bescheiden, da lediglich 2% der Gesamtzahl der Studierenden an privaten Hochschulen studieren (Statistisches Bundesamt 2005: 5). Schwierig zu bewerten ist die Entwicklung in der Zukunft. Durch die Einführung von Studiengebühren könnten neue Privatuniversitäten im mittleren Bereich entstehen, die kombiniert mit virtuellen Bildungsprogrammen stattlichen Hochschulen Konkurrenz machen könnten.

Mit der Einführung von Studiengebühren gibt es für deutsche Studenten weniger Grund, sich bei der Wahl der Hochschule auf Deutschland zu beschränken. Dies dürfte die Zahl der deutschen Studenten im Ausland ebenfalls erhöhen (Schwarzburger, Heiko 2006).

Die Idee eines Auslandsstudiums für deutsche Studierende wird bereits in der öffentlichen Diskussion vertreten. Müller-Böling, Leiter des Centrum für Hochschulentwicklung und Befürworter der Theorie vom bevorstehenden Studentenberg, plädiert aufgrund der absehbaren demographischen Entwicklung im Osten nicht nur dafür, mehr Studenten aus dem Westen auf die Hochschulen der östlichen Bundesländer zu schicken. Ebenso schlägt er vor, deutschen Studenten Geld zur Verfügung zu stellen, damit sie im Ausland studieren können.

„So könnte man die Studiensituation in Deutschland entschärfen wenn man große Teile der Studierenden phasenweise oder komplett im Ausland studieren lässt und ihnen somit gleichzeitig die Möglichkeit gibt internationale Erfahrungen zu sammeln. Vorbilder eines solchen Vorgehens gibt es beispielsweise in Norwegen, wo der Staat einem Hochschulzugangsberechtigten bis zu 25.000 Euro für Studiengebühren, Lebenshaltungskosten und Sprachkurse mitgibt, wenn er im Ausland studiert. Dadurch profitieren die

Norweger in zweierlei Hinsicht: zum einen halten sie ihr Hochschulsystem flexibel, zum anderen globalisieren sie ihr Bildungssystem“ (Müller-Böling 2006: 502).

Die Neigung ausländischer Studenten in Deutschland zu studieren, wird wohl zukünftig abnehmen, da vielen ausländischen Studenten wenig Geld zur Verfügung steht.

„Rund 250.000 Ausländer studieren nach Angaben des Deutschen Studentenwerks in der BRD, das sind rund zehn Prozent aller Studenten. 139.000 stammen aus Schwellen- und Entwicklungsländern. 70.000 gelten als Bildungsinländer“ (Ausländer mit deutscher Hochschulreife). 41.000 kommen aus anderen Industrienationen. Die Lebensbedingungen dieser Ausländer werden sich nach der Sozialerhebung des Studentenwerks durch Studiengebühren weiter verschlechtern. Laut Studie steht Studenten aus Entwicklungsländern mit nur 600 Euro im Monat deutlich weniger Geld zur Verfügung als deutschen Kommilitonen. Mehr als 50 Prozent der ausländischen Studenten gaben an, ihre Entscheidung für ein Studium in der BRD sei stark von der bisherigen Gebührenfreiheit beeinflusst gewesen“ (Irlé, Katja 2006).

Doch schon jetzt zeichnet sich ein Rückgang der Zahl ausländischer Studierender ab. Beispiele hierfür sind unter anderem, die Verbesserung der Bildungssituation im Heimatland (z.B. China), die Zunahme zulassungsbeschränkter Studiengänge, die sinkende Attraktivität deutscher Hochschulen und die Irritationen, die durch die Diskussion über Studiengebühren entstanden sind (Henkel, von Klass, Rainer 2005). Bisher war der materielle Vorteil der Studiengebührenfreiheit für ausländische Studierende höher als der weniger kostenintensive Erwerb der deutschen Sprache. Fällt dieser Vorteil weg, gibt es weniger Anlass, die deutsche Sprache zu studieren bzw. die starke Tendenz im englischsprachigen Ausland zu studieren.

Einen weiteren Kostenfaktor, der sich negativ auf die Studierneigung künftiger Abiturienten auswirken könnte, stellen die zusätzlichen Studienkosten (Opportunitätskosten) dar, die im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfes eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft ("Zweiter Korb") entstehen könnten. Der Deutsche Bibliotheksverband kritisiert in einer Stellungnahme verschiedene Paragraphen des Gesetzesentwurfs, die zu erheblichen Mehrkosten bei der digitalen Informationsbeschaffung und –bereitstellung an den Hochschulen führen könnten.

„Kein Schüler, kein Student konnte sich in der Vergangenheit die benötigte Literatur für seine Ausbildung, kein Wissenschaftler die unverzichtbare wissenschaftliche Information für seine Arbeit vollständig kaufen. Informationsversorgung für Bildung und Wissenschaft wurde im gesamtgesellschaftlichen Interesse schon immer durch öffentlich zugängliche Bibliotheken garantiert. Es ist völlig absurd, wenn man unterstellt, dass

Schüler, Studenten und Wissenschaftler sich zukünftig die benötigten digitalen Kopien bei kommerziellen Diensten kaufen werden. (...). Die geplante Regelung wird genau die Gruppe von einer zeitgemäßen Informationsversorgung vollständig ausschließen, die für die Zukunft unserer Gesellschaft stehen, nämlich Lernende und Lehrende (Deutscher Bibliotheksverband 2006).

### **3. Fazit**

Nach Meinung vieler Experten steht Deutschland in den kommenden Jahren vor einem Studentenberg. Die im Vorhergehenden entwickelten Überlegungen entwerfen ein alternatives Szenario – im Sinne einer Bildungsplanung, die unterschiedliche Möglichkeiten durchspielt, um auf unerwartete Entwicklungen vorbereitet zu sein. In der vorliegenden Studie wird aufgezeigt, wie sehr sich die Prognosen verändern, wenn sich wesentliche Voraussetzungen der gängigen Berechnungsgrundlagen – eine geringere Bereitschaft zum Studium einerseits und der Ausbau elektronischer Studienangebote andererseits - ändern. Nach wie vor ist ohne weiteres möglich, dass die derzeit vorherrschenden Prognosen bestätigt werden und in den kommenden Jahren mit sehr hohen Studentenzahlen gerechnet und gearbeitet werden muss. Allerdings spricht verschiedenes dafür, dass es nicht zu dem von der KMK und HRK prognostiziertem Studentenberg kommen wird. In der Modellrechnung steigt die Studentenzahl auf höchstens knapp 2,336 Millionen, bevor sie ab 2014 wieder sinkt. Also werden nach dieser Prognose ca. 300.000 Studenten weniger an den Universitäten sein, als es von der KMK und HRK angenommen wird.

Die Einführung von Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen zum WS 2006 führte bereits zu einem Rückgang der Erstsemester um über 5 Prozent. Lediglich die (noch) studiengebührenfreie Heinrich Heine-Universität Düsseldorf erlebte einen Zuwachs (Süddeutsche Zeitung 2006). Bezieht man die erwähnten Unwägbarkeiten hinzu, sind durchaus noch geringere Studierendenzahlen möglich.

Die Bildungslandschaft in der Bundesrepublik Deutschland wird sich fundamental wandeln. Neben den klassischen Hochschulen werden eine Vielzahl zusätzlicher kommerzieller Bildungsangebote entstehen. Die Nutzung virtueller Bildungsangebote wird enorm zunehmen. Zusätzliche kommerzielle, virtuelle Bildungsprogramme werden mit den Bildungsprogrammen der etablierten Hochschulen in Konkurrenz treten. Gleichzeitig können die Hochschulen selber virtuelle Bildungsprogramme entwickeln und nutzen, um ihre Ausbildungskapazitäten zu steigern.

Dadurch wird sich auch der Lehrbetrieb an den Hochschulen grundlegend ändern. Die virtuellen Bildungsprogramme werden in immer stärkeren Maße den Lehrbetrieb an den Hochschulen bestimmen. Einem größeren Angebot an virtuellen Lernmitteln für den Hausgebrauch der Studierenden steht ein immer mehr an Prüfungen orientiertes Organisationshandeln an den Hochschulen gegenüber.

Diese neue Form der Hochschulausbildung stellt sowohl an den einzelnen Studierenden als auch an die Leistungskraft der Hochschulen hohe soziale, psychologische und organisatorische Anforderungen. Es ist deshalb notwendig, alle diese Faktoren bei der Gestaltung einer zukünftigen Hochschulpolitik ausreichend zu berücksichtigen.

Zukünftige Studierende werden im verstärkten Maße abwägen müssen, ob sich ein Studium für sie rentiert. Einerseits muss die tatsächliche Verschuldung am Ende des Studiums zukünftig durch die künftige berufliche Renditeerwartung kompensiert werden. Andererseits darf eine künftige Verschuldung nicht der eigenen Lebensplanung (Ehe, Kinder, Firma, eigene Rente) im Wege stehen.

Vor allem muss bedacht werden, dass sich die Einkommenssituation von Akademikern in den letzten Jahren verschlechtert hat. „Während ein deutscher Akademiker 1991 noch 70 % mehr verdiente als der Absolvent einer Berufsausbildung, waren es zehn Jahre später noch 56 %. Gerade der Berufseinstieg erweist sich oft als schwierig. Bis der Hochschulabsolvent einen einigermaßen gesicherten Arbeitsplatz hat, vergeht einige Zeit. Oft ist er dann schon in den Dreißigern. Die Spanne seiner eigentlichen Erwerbstätigkeit mit allen Sozialabgaben und Sparmöglichkeiten wird kürzer, währenddessen seine Verdienstmöglichkeiten geringer werden“ (Mues, B./ Mues, G. 2006: 511). Ob ein Studium unter diesen Aspekten einer Berufsausbildung vorzuziehen ist, bleibt demnach fraglich.

Unter solchen Voraussetzungen ist wahrscheinlich, dass weniger Studierende, denen nur ein geringes Budget zur Verfügung steht, ein Studium aufnehmen werden. Diejenigen Studenten aber, die diese existenziellen Fragen positiv für sich beantworten können, werden verstärkt Fächer studieren, von denen sie annehmen können, dass sie ihre Lebens- und Karriereplanung zukünftig forciert; d.h., „dass es sich auszahlt“. Das Interesse am Studium der sogenannten kleineren Fächern (Orchideenfächer), wird dagegen rückläufig sein.

Bei 500 Euro Studiengebühren werden die damit verbundenen existentiellen Fragen noch kein übermäßiges Gewicht haben. Soziale Probleme entstehen allerdings, wenn die Gebühren weiter steigen. In Großbritannien stiegen im Jahr 2004 die Gebühren auf bis zu 3000 Pfund (4500 Euro). Die Zahl der Studierenden aus bildungsarmen Familien

ging so drastisch zurück, dass inzwischen wieder Zuschüsse anstelle der reinen Darlehen vergeben werden (Rubner 2006).<sup>6</sup>

Unabhängig von der tatsächlichen Studierneigung künftiger Abiturienten entsteht ein Studentenbergr nur dann, wenn auch genügend Studierkapazitäten vorhanden sind. Das dies keineswegs selbstverständlich ist, zeigt die Tatsache, dass die Bundesländer bislang keine klaren Aussagen darüber machen, welche zusätzliche Kosten für die Bundesländer entstehen können.

Auch die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge ist kein Sparmodell, insbesondere wenn offen bleibt, wie viele der Bachelorstudenten nach ihrem Abschluss den anspruchsvollen Masteranschluss überhaupt machen wollen. Die Umsetzung der Studienreform erfordert ein hohes Maß an Betreuung.

„Berlin hingegen hat das erkannt und ist auf Drängen der Unis bereit, wegen der besseren Betreuung der Studenten in den neuen Studiengängen acht Prozent weniger Studienanfänger zuzulassen. Damit wird eine weitere Verringerung der Studienplätze in Berlin unter die magische Zahl von 85.000 in Kauf genommen. Auch andere Länder bauen wegen der Haushaltsnotlage weiter Studienplätze ab“ (Schlicht 2006: 25).

Erste Anzeichen für ein Umdenken bzw. Zweifel an die Entstehung eines Studentenbergrs bekundet inzwischen auch die Hochschul-Informationssystem GmbH.

„Allerdings muss sich der Studierendenbergr nicht zwangsläufig in die von der KMK prognostizierten Höhen aufschwingen. Insbesondere die Annahmen zur Studierneigung unterstellen erhebliche Veränderungen des Status Quo, deren Eintreten mit einer deutlichen Fragezeichen zu versehen ist. Zudem muss das deutschlandweite Anwachsen der Studierendenzahlen nicht für jede Universität und jede Fachhochschule eine Ausdehnung der Studiennachfrage bedeuten. (Dies gilt insbesondere für die; d.V.) strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands.“ (Moog, Horst, Vogel, Bernd 2006: 7).

Abschließend ist festzustellen: Treffen die dargestellten Überlegungen und Auswirkungen ein, wird sich der prognostizierte Studentenbergr eher als „Studentenhügel“ erweisen. Zwar wird – wie schon einmal in letzten Jahrhundert – eine verstärkte Nachfrage nach Studienplätzen einsetzen. Diese Nachfrage kann aber zukünftig durch Kapazitätserweiterungen vor allem mittels E-Learning, die Einstellungen zusätzlicher und neu geschaffener Personalstellen (Lecturers) und weiterer Maßnahmen an den Hochschulen

---

6 Ebenda: Frank Ziegele, Gebührenexperte am Gütersloher Centrum für Hochschulentwicklung kommentierte diesen Sachverhalt mit den Worten: „Es existiert offenbar eine kleine Schicht, die tatsächlich Angst davor hat, Schulden zu machen“.

gedeckt werden. Diese Maßnahmen werden zu einer neuerlichen, diesmal „virtuellen Untertunnelung“ der Hochschulen führen.

W



#### 4. Modellrechnung

In dieser Modellrechnung wird die Annahme zu Grunde gelegt, dass sich von den 27% der Studierenden, denen bis zu 600 Euro im Monat zur Verfügung stehen, rund 60% entschließen, ein Studium aufzunehmen.

Nach der Einführung von Studiengebühren werden z.B. mehr Studenten auf eine eigene Wohnung/ Zimmer verzichten und vom Elternhaus aus studieren, wenn die Möglichkeit dazu besteht. Des Weiteren wird angenommen, dass es zukünftig eine ganze Reihe von öffentlichen und privaten Förderprogrammen und Stipendien geben wird, mit denen junge Studenten unterstützt werden können. Somit beträgt die Zahl der Studienanfängerzahl 33% eines Jahrgangs.

##### Langzeitstudenten

Die folgende Tabelle berechnet den Rückgang der Langzeitstudenten (LZS) mit der Annahme eines 30%igen Rückgangs pro Jahr (Die Welt 2005). Da erst bei einer flächendeckenderen Einführung von Langzeitstudiengebühren mit einem Rückgang der LZS zu rechnen ist, wird der Rückgang erstmalig im Jahr 2007 berücksichtigt. Es wird des Weiteren angenommen, dass sich nach der Einführung von Studiengebühren die Zahl der LZS bei rund 100.000 stabilisiert, da für die circa 14 Prozent der Studierenden, die 1000 oder mehr Euro monatlich zur Verfügung haben, die Gebühren in einem Langzeitstudium kein Problem darstellen dürften. Möglicherweise ist jedoch mit einem noch deutlicheren Rückgang zu rechnen.

#### **Rückgang der Langzeitstudenten auf rund 100.000**

Jahr	LZS ab dem 11. Semester	Rückgang um 30% im Jahr
2007	257.513	77.254
2008	180.259	54.078
2009	126.181	26.281

## Steigerung virtueller Hochschulangebote

Aufgrund der kritischen Einschätzung des TAB-Berichtes wird ein – vorsichtig geschätzter - jährlicher Zuwachs virtueller Hochschulangebote im Erststudium von **15%** angenommen.

### Steigerung virtueller Angebote der Hochschulen im Erststudium

Jahr	Virtuelles Angebot	Steigerung um 15 %	Gesamtzahl
2004/05	45434	6815	52249
2006	52249	7837	60086
2007	60086	9013	69099
2008	69099	10365	79464
2009	79464	11920	91384
2010	91384	13708	105092
2011	105092	15764	120855
2012	120855	18128	138984
2013	138984	20848	159831
2014	159831	23975	183806
2015	183806	27571	211377
2016	211377	31707	243083
2017	243083	36462	279546
2018	279546	41932	321478
2019	321478	48222	369699
2020	369699	55455	425154
2021	425154	63773	488927

## Hochschulabgänger

Die Hochschulabgänger werden mit 13% jährlich als feste Quote in die Berechnung mit aufgenommen und von der Gesamtzahl der Studierenden subtrahiert.

## Doppelte Bildungsjahrgänge

Um die Zahl der doppelten Bildungsjahrgänge bestimmen zu können, wurden die Alterskohorten eines Jahrganges pro Bundesland gewichtet. In der Annahme, dass zum Zeitpunkt der Umstellung ein durchschnittlicher Gymnasiast zwischen 18 und 19 Jahre alt ist, werden also zwei aufeinander folgende Jahrgänge zusammengerechnet. Die Summe wurde zuerst mit dem prozentualen Anteil der Bevölkerungsgruppe mit Hochschulreife gewichtet. Das daraus resultierende Ergebnis wurde anschließend mit der aktuellen prozentualen Übergangsquote der Abiturienten in den einzelnen Bundesländern gewichtet.

Beispiel für die Berechnung in Baden-Württemberg:



Die für einen Doppeljahrgang in Frage kommenden Geburtenjahrgänge betragen 115.674 und 119.999 Personen. Die Summe ergibt 235.673 Personen. Die aktuelle Quote der Hochschulreife beträgt 30,1%. Dies ergibt 70.938 Personen, die ein Abitur absolvieren werden. Die aktuelle Übergangsquote beträgt 78,4%. Dies ergibt im Doppeljahrgang 2012 einen Anstieg auf 55.615 Personen.

### Anzahl der zusätzlichen Abiturienten der doppelten Jahrgänge

Bundesland	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Sachsen-Anhalt	11835						
Mecklenburg-Vorpommern		7402					
Saarland			4057				
Hamburg				6346			
Bayern					47384		
Niedersachsen					34101		
Berlin						15006	
Baden-Württemberg						55615	
Bremen						3270	
Hessen						28777	
Nordrhein-Westfalen							73189
<b>Gesamt</b>	<b>11835</b>	<b>7402</b>	<b>4057</b>	<b>6346</b>	<b>81485</b>	<b>102668</b>	<b>73189</b>

- Eigene Berechnungen nach (Statistisches Bundesamt 2006c und Zahlen und Fakten 2006).

Zu berücksichtigen ist noch, dass der Zuwachs an Abiturienten nicht sofort zu einer steigenden Nachfrage nach Studienplätzen führt, da das statistische Durchschnittsalter bei Erststudenten bei 21,8 Jahren liegt.<sup>7</sup> Aus diesem Grund werden bei den späteren Berechnungen diese Studentenspitzen jeweils erst im Folgejahr berücksichtigt.

<sup>7</sup> Die Gründe für dieses „hohe Alter“ sind vielfältig: Das Wiederholen einer Klasse im Vorfeld, ein längerer Auslandsaufenthalt, der Abbruch einer Berufsausbildung, Zivil- und Wehrdienst, Mutterschaft und vieles mehr tragen dazu bei.



### Studentenzahlen gesamt

Jahr	Studien- anfänger 33%	Doppelte Jahrgänge	Studenten insgesamt	13 Prozent Abgänge	Zusätzliche virtuelle Angebote
2.005			1.963.108	255.204	52.249
2.006	327.168		2.035.072	264.559	60.086
2.007	333.474		2.026.733	340.729 <sup>1</sup>	69.099
2.008	323.758	11.835	2.044.772	319.898 <sup>1</sup>	79.464
2.009	326.924	7.402	2.086.997	297.591 <sup>1</sup>	91.384
2.010	296.981	4.057	2.116.725	275.174	105.092
2.011	285.594	6.346	2.133.491	277.354	120.855
2.012	278.413	81.485	2.216.035	288.085	138.984
2.013	267.354	102.668	2.297.973	298.736	159.831
2.014	264.071	73.189	2.336.496	303.745	183.806
2.015	272.528		2.305.280	299.686	211.377
2.016	277.519		2.283.112	296.805	243.083
2.017	269.255		2.255.563	293.223	279.546
2.018	263.988		2.226.328	289.423	321.478
2.019	262.846		2.199.751	285.968	369.699
2.020	251.446		2.165.229	281.480	425.154
2.021	245.451		2.129.201	276.796	488.927

<sup>1</sup> Abgänge einschließlich Langzeitstudenten

Nach dieser Modellrechnung wird die Spitze des Studentenbergs im Jahr 2014 mit rund 2,34 Mio. Studenten erreicht. Die von der KMK und anderen geschätzte Marke von 2,7 Mio. Studenten wird zu keinem Zeitpunkt erreicht. Zu diesem Zeitpunkt beträgt die Zahl der virtuellen Studienangebote bereits rund 183.000.

Es ist klar, dass die Zahl der virtuellen Studiengänge nicht endlos weiter wachsen wird, da diese Lehrmethode nicht für alle Fachbereiche gleichermaßen anwendbar ist. So können z.B. naturwissenschaftliche Studiengänge, die mehr Laborarbeit erfordern, dieses Medium weniger nutzen als z.B. sozialwissenschaftliche Fachbereiche.

## 5. Quellen- und Literaturverzeichnis

- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2004). Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2003 – 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationen-System. Bonn, Berlin 2004, S. 159.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2005a). BMBF fördert virtuelle Bibliothek für Geisteswissenschaften. [http://www.bmbf.de/\\_search/searchresult.php?URL=http%3A%2F%2Fwww.bmbf.de%2Fpress%2F1726.php&QUERY=virtuelle+und+hochschule](http://www.bmbf.de/_search/searchresult.php?URL=http%3A%2F%2Fwww.bmbf.de%2Fpress%2F1726.php&QUERY=virtuelle+und+hochschule).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2005b). Virtuelle Fachhochschule auf Erfolgskurs. [http://www.bmbf.de/\\_search/searchresult.php?URL=http%3A%2F%2Fwww.bmbf.de%2Fpress%2F1027.php&QUERY=%28virtuelle+oder+virtuell+oder+virtueller+odervirtuellen+oder+virtuellem+oder+virtuelles%29+und+%28hochschule+oder+hochschule29](http://www.bmbf.de/_search/searchresult.php?URL=http%3A%2F%2Fwww.bmbf.de%2Fpress%2F1027.php&QUERY=%28virtuelle+oder+virtuell+oder+virtueller+odervirtuellen+oder+virtuellem+oder+virtuelles%29+und+%28hochschule+oder+hochschule29).
- Deutscher Bibliotheksverband (2006). Der "Zweite Korb" zur Reform des Urheberrechts. <http://www.bibliotheksverband.de/2005/aktuelles/20060404.html> [Stand: 30.08.2006]
- Die Welt (2005): Studiengebühren schrecken Langzeitstudenten ab. In: Die Welt, 07.12.2005.
- Fernuniversität Hagen (2006). Fernuniversität gestern und heute. [http://www.fernuni-hagen.de/index.html?main=/STUDIUM/01prof\\_frame.html](http://www.fernuni-hagen.de/index.html?main=/STUDIUM/01prof_frame.html).
- Finetti, Marco (2006): Alarm an der Alma mater. <http://www.sueddeutsche.de/jobkarriere/berufstudium/artikel/831/64767>.
- Frankfurter Allgemeine (2006). Bund und Länder streiten sich über den Hochschulpakt. In: Frankfurter Allgemeine, 21.10.2006.
- Hartmann, Michael (2006). Die sichere Perspektive geht verloren. Interview. In: Frankfurter Rundschau, 23.05.2006.
- Henkel, von Klass, Rainer (2005): Gibt es eine Trendwende im Ausländerstudium – Quantitative Entwicklungen – Ursachen – Perspektiven. [http://www.daad.de/de/download/hochschulen/veranstaltungen/aaa\\_2005/ag2\\_henkel-von-klass.pdf](http://www.daad.de/de/download/hochschulen/veranstaltungen/aaa_2005/ag2_henkel-von-klass.pdf).
- HRK (2005). Chance, nicht Last: Empfehlungen für einen „Hochschulpakt 2020“ zur Bewältigung des zu erwartenden Anstiegs der Studierendenzahlen. [http://www.hrk.de/de/beschluesse/109\\_2922.php](http://www.hrk.de/de/beschluesse/109_2922.php).
- HRK (2006). Statistische Daten zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen. SS 2006. Statistiken zur Hochschulpolitik, Nr. 1/2006, Bonn, April 2006. [http://www.hrk.de/de/download/dateien/HRK\\_Doku1\\_2006\\_SoSe2006.pdf](http://www.hrk.de/de/download/dateien/HRK_Doku1_2006_SoSe2006.pdf).
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2006): Nur ein Strohfeuer. In: iwd Nr. 10/2006.
- Irl, Katja (2006). Zahl der Studenten aus armen Ländern sinkt. In: Frankfurter Rundschau, 12.05.2006.
- Kühne, Anja (2005): Gebühren vertreiben Langzeitstudenten. In: Der Tagesspiegel, Berlin, 07.12.2005.
- Kühne, Anja/ Burchard, Amory (2005): Ich sehe keinen Studentenberg – Interview mit Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin. In: Der Tagesspiegel, Berlin, 21.11.2005.

- Moog, Horst, Vogel, Bernd (2006). Bachelor- und Masterstudiengänge, Materialien zur Organisation und Ressourcenplanung. Hochschul-Informationssystem GmbH: Forum Hochschule Nr.1/2006, Hannover. September 2006.
- Mues, Bastienne; Mues, Gabor (2006). Brauchen wir wirklich noch mehr Akademiker? Warum ein Konsens in Frage gestellt werden sollte. In: Forschung und Lehre, Bonn, Heft 9/2006, S. 510- 511.
- Müller, Böling, Detlef (2006): Studierendenhoch nutzen- Mehr Geld alleine reicht nicht. In: Forschung und Lehre, Bonn, Heft 9/2006, S. 500-502.
- Ohle-Nieschmidt, Hannelore (2004): Turbo-Gymnasium wird zur Regel. [http://www.klett-pressebox.de/pdf/23\\_2004/themendienst\\_23\\_5-6.pdf](http://www.klett-pressebox.de/pdf/23_2004/themendienst_23_5-6.pdf).
- Rubner, Jeanne (2006). Kaufhäuser der Bildung. In: Süddeutsche Zeitung, München, 03.04.2006.
- Schlicht, Uwe (2005). Angst vor dem Studentenberg. <http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/21.10.2005/2128401.asp>.
- Schlicht, Uwe (2006). Gefährliches Spiel. In: Der Tagesspiegel vom 19. Juni 2006, S. 25.
- Schwarzburger, Heiko (2006): Ein rauer Wind weht. In: Das Parlament, Berlin, 16.01.2006.
- Statistisches Bundesamt (2005): Hochschulstandort Deutschland 2005. Pressestelle Wiesbaden 2005, S. 30.
- Statistisches Bundesamt (2006a). Studierende im Wintersemester 2004/2005 nach einzelnen Hochschulen und Art des Studiums. VI B - Hochschulstatistik vom 02.06.2006.
- Statistisches Bundesamt (2006b). Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 347, Wiesbaden, 29. August 2006. <http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2006/p3470071.htm>.
- Statistisches Bundesamt (2006c). Fortschreibung des Bevölkerungsstandes Bevölkerungsstand (Anzahl) nach Altersjahre und Bundesländer zum 31.12.2005.
- Studentenpilot.de (2006). Virtuelle Hochschulen in Deutschland. <http://www.studentenpilot.de/studium/virtuellehochschulen/virtuellehochschulen.htm>
- Studiengebühren (2005a): Studiengebühren schrecken Abiturientinnen ab. In: Der Tagesspiegel, Berlin, 21.09.2005.
- Studiengebühren (2005b): Studiengebühren schrecken Langzeitstudenten ab. In: Die Welt, Berlin, 07.12.2005.
- Süddeutsche Zeitung (2006). Lieber kostenlos. Andrang an der Uni Düsseldorf. In: Süddeutsche Zeitung, München 23.10.2006.
- TAB Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (2006). eLearnings in Forschung, Lehre und Weiterbildung in Deutschland. Zusammenfassung des TAB-Arbeitsberichtes Nr. 107, Karlsruhe März 2006.
- Virtuelle Hochschule Bayern (2002). Studenten nehmen Virtuelle Hochschule Bayern gut an. <http://www.aerztezeitung.de/docs/2002/12/13/227a1503.asp>.
- Virtuelle Hochschule Bayern (2006): Virtuelle Hochschule Bayern auf Wachstumskurs.<http://bildungsklick.de/serviceText.html?serviceTextId=23812>.
- Volks- und Raiffeisenbank (2005). VR-Bildungsfinanzierung. <http://www.vr-bildungsfinanzierung.de/bildung02.php>.

Zahlen und Fakten (2006). Die Bundesländer im Spiegel der Statistik. In: Forschung und Lehre, Bonn, Heft 9/2006, S. 506f.



W